

In der Quengelzone

Gesundheit Supermärkte stellen Schnapsfläschchen gern an der Kasse ins Regal – eine Gefahr nicht nur für Alkoholiker. Muss die Politik eingreifen?

Als man Uli Borowka noch »den Eisenfuß« nannte, leerte er auch mal eine Kiste Bier, eine Flasche Wodka und eine Flasche Whiskey – am Tag. Bei den Gegnern von Werder Bremen war er als rabiater Abwehrspieler gefürchtet. Dass er trank, verheimlichte der Fußballprofi auf dem Platz. Nach 16 Jahren an der Flasche ging Borowka in Entzug. Nie wieder, das hat er sich nach der Therapie geschworen, will er einen Tropfen Alkohol anrühren. Seinen Schwur hält er seit 18 Jahren. »Jeder Tag, an dem ich trocken bin, ist für mich wichtiger als jeder Titel, den ich je gewonnen habe«, sagt Borowka.

Trockener Alkoholiker, das heißt, allen Versuchungen des Alltags zu widerstehen. »Ich muss Obacht geben«, sagt Borowka. »Mein Leben lang.« Heute ist er 55 Jahre alt, und noch immer untersucht er bei jedem Einkauf das Kleingedruckte, ob sich nicht doch Alkoholsuren in der Tomatensuppe verbergen. Weil er alle Gefahren meiden will, kommt es vor, dass ihn an der Supermarktkasse der Ärger überkommt. »Wie kann es sein, dass die Schnapsfläschchen da immer direkt neben den Schokoriegeln im Regal liegen?«, fragt Borowka.

Seine eigene Suchtgeschichte machte der Ex-Nationalspieler vor mehr als fünf Jahren mit einem Buch öffentlich. Heute kämpft er mit seinem eigenen Verein dafür, dass Jugendliche erst gar nicht dem Alkohol verfallen. Umso mehr ärgert ihn die hochprozentigen Angebote: »Dort hat Alkohol nichts zu suchen«, sagt er. Und er steht mit dieser Kritik nicht allein.

Nach offiziellen Schätzungen sind in Deutschland rund 1,77 Millionen Menschen alkoholsüchtig. Etwa acht Millionen Menschen trinken mehr, als ihrer Gesundheit guttut. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen rechnet vor, dass jährlich bis

zu 74 000 Menschen an den Folgen ihrer Alkoholabhängigkeit sterben. Und je verfügbarer der Stoff, desto größer die Gefahr.

Zum Beispiel dort, wo die Verbraucher zum Bezahlen anstehen. Genau hier platzieren Marktleiter all jene Umsatzbringer, die in der Branche »Impulsware« genannt werden, weil die Kunden zugreifen, ohne nachzudenken. Diese »Quengelzone« ist wegen ihres Süßwarenangebots auch bei Eltern kleinerer Kinder gefürchtet. Bei Suchtexperten ist sie verhasst.

Schnaps- und Wermutfläschchen sollten von dort besser verbannt werden, fordern

Kassenbereich frei von Alkoholfläschchen bliebe. »Fällt dieser Test positiv aus, müsste die Politik handeln.«

Allerdings weist der Handel jede Verantwortung von sich. Spirituosen in kleinen Größen würden in Sichtweite des Kassensbereichs platziert, um »potenzielle Diebe« abzuschrecken, heißt es beim Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels. Schon für Süßigkeiten in der Quengelzone gelte: »Der Handel hat keinen Erziehungsauftrag.«

Die Grünen dagegen finden, dass die Zeit der vorsichtigen Appelle vorbei ist.

»Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die das Anbieten von Alkohol im Einzelhandel reguliert«, sagt Kirsten Kappert-Gonther, drogenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion.

Das Problem ist nur, dass sich der Verkauf nicht einfach verbieten lässt, das Grundgesetz legt hohe Hürden. Ohnehin tun sich Politiker schwer, unpopuläre Einschränkungen der Trinkkultur durchzusetzen.

Schon vor mehr als einem Jahr hatte die Bürgerschaft in Bremen beschlossen, den Verkauf von Schnapsfläschchen an Supermarktkassen zu beschränken. Alkohol sei »das Suchtmittel Nummer eins«, so stand es in dem Beschluss. Der Senat müsse sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die Kassenzone von Alkohol freizuhalten. Seither gibt es unverbindliche Gespräche mit dem Handel, aber noch immer keine Lösung.

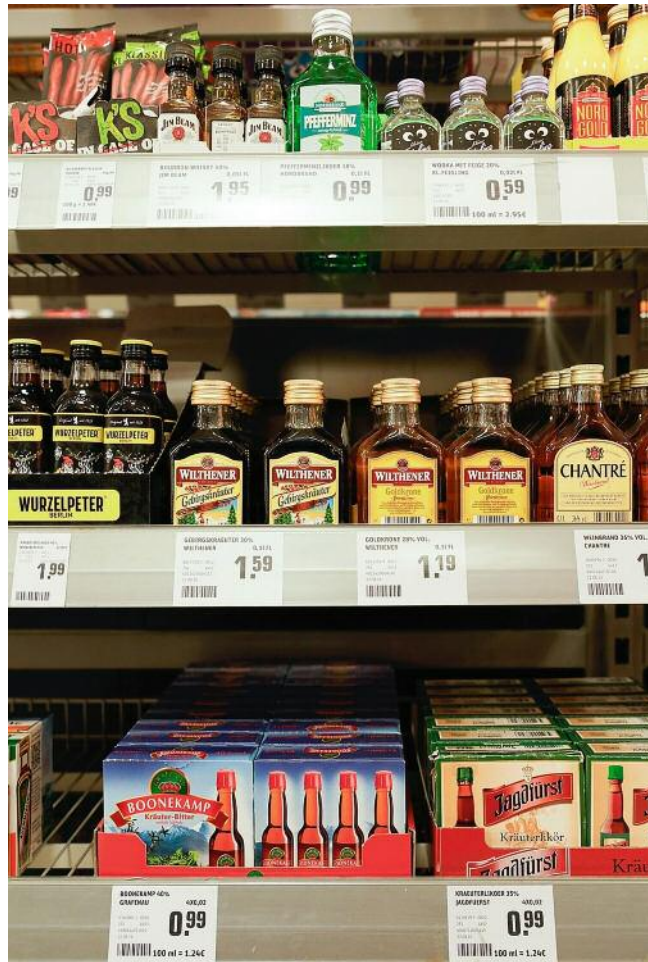
Auch andere Projekte versanden. Baden-Württemberg beispielsweise hatte im Jahr 2010 ein Verkaufsverbot für Alkohol an Tankstellen und Kiosken nach 22 Uhr eingeführt. Ende 2017 hat die schwarz-grüne Landesregierung es wieder gekippt.

Maßnahmen, mit denen andere europäische Staaten experimentieren, sind in Deutschland ohnehin ein politisches Tabu. In Estland beispielsweise dürfen größere

Supermärkte Hochprozentiges von Juni 2019 an nur in abgetrennten Abteilungen anbieten. Auch Ex-Fußballer Borowka hielt das für eine kluge Idee. Trockene Alkoholiker und junge Erwachsene würden damit besser geschützt. Allerdings glaubt er nicht daran, dass Vorschläge wie dieser in Deutschland durchsetzbar wären.

»Politiker sabbeln immer viel über die Gefahren der Sucht«, sagt Borowka. »Am Ende aber greifen sie nicht durch.« Da müsse endlich mal einer reinrätchen.

Cornelia Schmergal



Hochprozentiges an der Kasse

»Der Handel hat keinen Erziehungsauftrag«

Politiker. »Vom Handel würde ich mir in diesem Punkt ganz klar mehr Sensibilität wünschen«, sagt Marlene Mortler, CSU, Drogenbeauftragte der Bundesregierung. Es müsse nicht sein, dass hochprozentige Alkoholika an der Kasse »sozusagen als Mitnahmeartikel« angeboten würden.

SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach nennt die Quengelzone für Menschen mit Suchtproblemen »einen gefährlichen Ort«. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und die gesetzlichen Krankenkassen sollten untersuchen, ob die Zahl der Süchtigen sinken würde, wenn der

FELIX STROSECKI / DER SPIEGEL